№ 61
A 31

Sonntags-Ausgabe.

Berlin

Sonntag, 6. Februar 1921

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Einzelne Nummer
30 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder" Sonstige Beilagen. Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Allgemeine Verlosungsliste, Grundstück und Hypothek. Umschau in Technik und Wirtschaft Literarische Umschau. Hochschulblätter. Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark Anzeigen. Zeile 3 Mark und 66⅔ % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag. Ullstein & Co. Chefredakteur Georg Bernhard Verantw. Redakteur (m Ausn d. Handelst.): Jul Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Lloyd George über Paris.

„Deutschland kann und muß zahlen".

wf **Paris**, 5. Februar.

Der Londoner Berichterstatter des „Temps" berichtet ausführlich über eine große Rede, die Lloyd George heute in Birmingham gehalten hat. Lloyd George betonte zunächst die Schwierigkeiten der Aufgabe, die das Versailler Abkommen den Verbündeten auferlegt habe, und hob hervor, daß die Verbündeten zu einem völligen Einverständnis gelangt seien.

Er stellte fest, daß Deutschland den größten Teil seiner Waffen abgeliefert habe und bezeichnete es als erforderlich, daß Deutschland das noch vorhandene überzählige Kriegsmaterial zerstöre und die irregulären Wehrorganisationen auflöse. Als Entschuldigung für Deutschland könne gelten, daß es „eine Art von Revolution" zu überwältigen hatte. Besonders die Maschinen, die zur Herstellung von Kanonen dienten, müßten unbedingt zerstört werden. Frankreich habe ein Recht, zu verlangen, daß es nicht der Gefahr eines feindlichen Ueberfalls ausgesetzt bleibe.

Lloyd George führte weiter aus, er habe zur Wiedergutmachungsfrage bei den Wahlen 1918 erklärt, Deutschland müsse für den angerichteten Schaden bezahlen. Man könne aber von ihm nicht mehr erhalten, als es zu zahlen vermöge, und die Zahlungsart dürfe nicht derartig sein, daß sie die empfangenden Länder stärker beeinträchtige, als die wieder gutzumachenden Schäden. Deutschland könne durch die Lieferung von Schleuderwaren zahlen; aber das würde keinen Wert haben. Der Stand der Wechselkurse kompliziert diese Frage noch.

Deutschland sei sehr unzufrieden damit, daß die Verbündeten jetzt die Rechnung überreicht hätten. In Berlin sei dadurch ein Sturm erregt worden. Man könne die telegraphischen Meldungen allerdings nur mit Vorbehalt zur Grundlage eines Urteils machen. Reichsminister Simons glaube er als einen Staatsmann zu kennen, der aufrichtig die Erfüllung der Verpflichtungen wolle. Wenn Simons falsche Eindrücke habe, wie es nach der telegraphischen Wiedergabe seiner Rede scheine, werde man vielleicht berichtigen können. Simons klage darüber, daß er nicht die vollständige Schadenberechnung erhalten habe. Falls er Wert darauf lege, stehe sie ihm zur Verfügung. Er rate Simons aber, die von Paris aufgestellte Rechnung anzunehmen. Deutschland kenne das Wort vom „Papierfetzen" und solle sich nicht zu einer Erneuerung des Wahnsinns von 1914 hinreißen lassen.

Lloyd George fuhr dann fort, Deutschland könne bezahlen, wenn es nur wolle. Seine Steuern seien weniger schwer, als die Steuern in England und Frankreich. Das Land, das für den Schaden verantwortlich sei, müsse unbedingt die beiden Staaten, die Opfer eines nicht provozierten Angriffs waren, entschädigen. Das ganze deutsche Volk mit Einschluß der Sozialisten sei für den Krieg verantwortlich. Alle würden mit Vergnügen bei der Verteilung der Beute mitgewirkt haben, wenn Deutschland gesiegt hätte. Die Deutschland auferlegte Wiedergutmachung sei nicht zu schwer. In den beiden ersten Jahren erreiche sie nicht einmal den Betrag, den England und Frankreich für die Pensionen aufbringen müssen. Die Verbündeten dächten keineswegs an die Versklavung der deutschen Arbeiterschaft. Man könne aber nicht verlangen, daß die französische Arbeiterschaft für den Schaden aufkomme.

Der Premierminister sagte dann: Unsere Forderungen sind gerecht und müssen erfüllt werden. Herr Simons sagte, daß er andere Vorschläge zu machen hat. Das ist sein Recht. Wenn diese Vorschläge billig sind, werden die Verbündeten davon Kenntnis nehmen. Aber wenn sie nur einen Versuch darstellen, der Schadloshaltung zu entgehen, werden die Verbündeten sie nicht berücksichtigen. Herr Simons schien auf der Konferenz von Spa gerecht und vernünftig. Aber ich hatte die ganze Zeit über das Gefühl, daß die Männer von 1914 hinter ihm standen. Ich glaube, noch ihre Drohung zu hören, welche die Stimme des Herrn Simons übertönt. Wer vertritt heute Deutschland? Der Minister des Aeußern oder die Männer von 1914? Wir alle würden nicht dulden, daß die Entente durch die Kaste, die den Krieg entfacht hat, herausgefordert wird." (Brausender Beifall.)

Lloyd George schloß mit der Erklärung, daß die Verbündeten gegen Deutschland keine Gewaltmaßnahmen anwenden werden, falls sie die Gewißheit hätten, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen wolle und nicht mehr das alte Deutschland sei.

*

Das Titelbild des neuen Heftes der Pariser Wochenschrift „Le Carnet de la Semaine" zeigt Lloyd George mit einem riesigen Schlüssel. Die Unterschrift lautet: „Und jetzt, da der Schlüssel zum deutschen Geldschrank geschmiedet ist, werde ich ihn nach London wegtragen."

Die Konferenz der Ministerpräsidenten

Grundsätzliches Einverständnis mit der Reichsregierung.

Amtlich wird gemeldet: Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand gestern eine Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten mit dem Reichskabinett über die durch die Note vom 29. Januar geschaffene politische Lage statt. Der Minister des Auswärtigen gab einleitend eine Uebersicht über den Inhalt und die Bedeutung der Ententeforderungen und über die Stellung und die weiteren Absichten des Reichskabinetts. Der Reichswirtschaftsminister ergänzte diese Ausführungen nach der wirtschaftlichen Seite. Der Reichsminister des Innern legte die im Inland zu ergreifenden Maßnahmen dar.

Sämtliche Anwesenden erklärten ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Stellungnahme des Reichskabinetts, wie sie sich aus der Reichstagsrede des Ministers des Auswärtigen vom 1. Februar ergibt.

*

Der Reichsminister des Aeußern hatte gestern im Herrenhaus mit etwa 200 Vertretern der deutschen Gewerkschaften eine Aussprache über die durch die Pariser Beschlüsse geschaffene Lage. Der Minister beantwortete eine Reihe von Fragen, die ihm aus der Versammlung vorgelegt wurden. Es ergab sich dabei vollkommene Uebereinstimmung der Vertreter der Gewerkschaften mit dem von der Regierung eingenommenen Standpunkt.

(Siehe auch vierte Seite.)

Die deutsche Presse an Oberschlesien.

Breslau, 5. Februar. (T. U.)

In der heutigen Sitzung des Gesamtvorstandes des Reichsverbandes der deutschen Presse, der heute in Breslau im Sitzungssaal des Oberpräsidiums zusammentrat, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der heute in Breslau vor den Toren des oberschlesischen Abstimmungsgebietes tagende Gesamtvorstand des Reichsverbands der deutschen Presse entbietet den im harten Kampf vor der Entscheidung stehenden Brüdern seinen Gruß. Seit vielen Jahrhunderten ist Oberschlesien deutsches Land. Durch deutsche Arbeit, durch deutschen Siedler- und Gewerbefleiß hat das oberschlesische Volk die Segnungen einer höheren Zivilisation und stärkeren wirtschaftlichen Aufschwung empfangen. Der Versailler Frieden hat bewirkt, daß mitten in friedlicher Arbeit durch einen rücksichtslosen Kampf gegen die deutsche Nationalität Zwietracht unter der oberschlesischen Bevölkerung entfacht wurde.

Die Bodenschätze Oberschlesiens kommen der gesamten Weltwirtschaft zugute; und der Staat, der sie besitzt, hat das Mandat ihrer pfleglichen Behandlung und größtmöglichen Verwertung. Dafür aber bietet nur Deutschland und nimmermehr Polen die Gewähr. Die deutsche Presse hat in einheitlicher Front ohne Unterschied der Partei das Ringen der Oberschlesier um die Erhaltung ihrer Heimat beim deutschen Vaterlande, um die Rettung deutscher Kultur und deutschen Gewerbefleißes vor drohendem Untergang mit wärmster Anteilnahme unterstützt.

Sie wird es weiterhin tun, damit der Tag der Entscheidung sich zu einem überwältigenden Siege oberschlesisch-deutscher Kultur und Gesittung gegen polnische Begehrlichkeit und Unkultur gestaltet. In festem Vertrauen auf die Heimattreue der Oberschlesier wird die deutsche Presse nicht müde werden, zum letzten Abstimmungskampf aufzurufen, damit jeder seine Pflicht tut und Oberschlesien und Deutschland zum Segen einer Jahrhunderte alten gemeinsamen Kultur für immer miteinander verbunden bleiben."

Vor Eintritt in die Verhandlungen des Reichsverbandsvorstandes hatte der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien, Zimmer, in einer Begrüßungsansprache unter anderem ausgeführt: „Vornehmste Aufgabe für die nächste Zeit ist, auf die ungeheure Wichtigkeit Oberschlesiens für das Wirtschaftsleben ganz Deutschlands, insbesondere Schlesiens, hinzuweisen. Falls Oberschlesien, was ja nicht anzunehmen sei, uns verloren gehe, so würde auch die übrige Provinz Schlesien wirtschaftlich zum erheblichsten Teil vernichtet werden."

Darauf antwortete der Vorsitzende des Reichsverbandes, Chefredakteur, Reichstagsabgeordneter Rippler, indem er dem Oberpräsidenten für die verständnisvollen Worte über die Bedeutung der Presse und das Zusammenwirken mit den Behörden dankte. Die Trennung Oberschlesiens vom Reich sei nicht nur eine oberschlesische oder preußische Sache, sondern Sache des ganzen europäischen Festlandes.

Erneuerung oder Untergang.

Von

Dr. Eugen Kühnemann,
Professor an der Universität Breslau.

Revolutionen haben zuweilen eine Neugeburt der Völker gebracht. Die deutsche Revolution aber erschien vom ersten Anfang an als die Erklärung des letzten und völligen Zusammenbruchs. Ihre eigenen Führer bekennen in der Aufrichtigkeit gegen sich selber, daß sie für eine Auferstehung deutschen Wesens bisher nichts getan. Wer die Oberflächenerscheinungen des deutschen Lebens in seinem grenzenlosen Wirrsal betrachtet, möchte verzweifeln. Und so wäre denn die Antwort der Weltgeschichte auf die Schicksalsfrage an das Deutschtum: Du hast nicht bestanden! Du bist verworfen! Es ist für immer vorbei mit Deinem Anspruch auf die Mitgestaltung der Erde! So könnte es erscheinen. Aber es gibt einen Glauben an unser Volk, der nicht verzagen will.

Es müßte ein gemeinsamer Gedanke sein, den wir alle zu leben hätten, um in ihm die Rettung zu finden. Wir sollen in der Not selber die Hoffnung sehen. Da unser Elend bis zur Verzweiflung schwillt, so erkennen wir unsere Lage selber als eine Aufgabe, die so überwältigend groß ist, daß die Größe der Aufgabe selbst etwas Begeisterndes hat. Aus der Tiefe unseres Sturzes blicken wir zu dieser Höhe und gewinnen neue Zuversicht zu uns selber, da wir eines solchen Kampfes, einer großen Aufgabe gewürdigt werden. Wir wissen es auch, und wir wollen es uns keinen Augenblick verhehlen: diese Aufgabe müssen wir lösen, oder wir sind verloren.

Es gibt kein drittes neben diesem: Erneuerung oder Untergang. Indem wir die Aufgabe entschlossen ergreifen, müssen wir jede Furcht vor Worten hinter uns lassen. Die Furcht vor Worten ist es, die die Menschen trennt, während der Gedanke sie vereint. Die Aufgabe lautet: wir müssen den Gedanken des Sozialimus zu einer Tatsache des Lebens machen. Wir müssen unser Leben mit dem Gedanken des Sozialismus ganz durchdringen. Es heißt also, den Gedanken des Sozialismus begreifen und die Furcht vor dem Wort verlernen. Die Furcht vor dem Wort spaltet unser Volk in zwei feindliche Lager. Der Gedanke aber bleibt in beiden Lagern oft unverstanden. Der Gedanke des Sozialismus nämlich bedeutet eine sittliche Idee. Fast könnte man sagen: er bedeutet für uns die Idee der Sittlichkeit selber. Als solches stellt er zwei Aufgaben. Aber diese beiden Aufgaben sind im Grunde genommen nur eine und dieselbe. Es ist die eine Aufgabe des Sittlichen, die sich unter diesem doppelten Anblick dem deutschen Menschen von heute darstellt!

Die eine Seite der sozialistischen Idee betrifft das wirtschaftliche Leben. In diesem Sinne wird sie von den meisten zunächst gefaßt. Wir müssen in einem Grade, wie es nie geschehen, die deutsche Wirtschaft unter die Herrschaft des Geistes bringen. Wir müssen sie durchgestalten durch den Gedanken. Wir müssen zu einer einheitlichen Zusammenfassung aller in ihr arbeitenden Kräfte kommen, welche sie zum höchsten möglichen Ertrage bringt. Wir können es in unserer Not uns einfach nicht mehr leisten, sie schrankenlos wie bisher der Willkür der einzelnen zu überlassen. Nur in einer solchen einheitlichen Arbeit aller für den höchsten Ertrag vermögen wir unsere wirtschaftlichen Nöte zu überwinden, die deutsche Verelendung zu vermeiden und die Last der feindlichen Forderungen zu tragen. Auf der anderen Seite der Wahl steht nichts als endlose Sklaverei in hoffnungsloser Armut. Diese Aufgabe also müssen wir lösen, wenn wir nicht zu Grunde gehen wollen. Wir müssen jeder Kraft im Wirtschaftlichen die Möglichkeit zu vollster Freiheit der Betätigung schaffen im Rahmen der großen durchgeistigten Wirtschaftseinheit.

Die andere Seite der sozialistischen Idee geht auf die Seele, die in dieser Wirtschaftseinheit lebt. Sie fordert, daß es ein Ende habe mit der Herrschaft der Maschine über den Menschen. Wenn man die Geschichte der Menschheit als eine große Sündengeschichte überblickt, so sieht man im Altertum die Sklaverei, im Mittelalter die Trennung zwischen Mensch und Mensch als zwischen Hörigen und Freien. Aber unsere Neuzeit wird schwer belastet vor dem Urteil der Geschichte stehen. Was man den Fortschritt nennt, ist, recht betrachtet, oft nur die Verhüllung der alten Arten und Mittel der Gewalt in einer neuen Unaufrichtigkeit, die schlimmer ist als jene. Das schlimmste Verbrechen an der Menschheit ist die Herrschaft der Maschine über den Menschen. Die Maschine, die erfunden wurde, um den Menschen frei zu machen, hat ihn als der wahre Despot der Gegenwart, in eine schlimmere Knechtschaft herabgestoßen. Das gesellschaftliche Leben selber ist zu einer riesigen Maschine ohne persönliches Leben geworden. Dem Menschen bleibt nichts übrig, als in dieser Maschine irgendwo als ein winziges Rädchen zu schnurren. Die Seele selbst wird darüber zu Maschine. Um ihr menschliches Leben ist es getan. Der ganze Schrei nach sittlicher Erlösung, der aus dieser Zeit als ihre wahre Sehnsucht herausbricht, lautet: das muß ein Ende haben. Wir wollen den Menschen wieder einsetzen in die Herrschaft über